## Inhaltsverzeichnis

Abkürz	ungsverzeichnis	XIII
1. Kapi	tel: Einführung	1
2. Kapit	tel: Die Exklusivvereinbarung mit einem Erlebnisträger	6
I.	Einführung in die Exklusivverträge	
II.	Begriff des Exklusivvertrages	
$\Pi I.$	Möglichkeit der Kommerzialisierung des zivilrechtlichen	
	Persönlichkeitsrechts	9
	1. Historische Entwicklung des zivilrechtlichen	
	Persönlichkeitsrechts	9
	2. Anerkennung vermögensrechtlicher Bestandteile des	
	Persönlichkeitsrechts durch den Bundesgerichtshof	11
	a.) § 22 KUG	12
	b.) § 12 BGB	
	c.) Andere Persönlichkeitsmerkmale, die der	
	Kommerzialisierung zugänglich sind	14
	3. Zwischenergebnis	
IV.	Die Rechtsnatur des Exklusivvertrages	
	1. Verlagsvertrag	15
	2. Verpflichtungsvertrag sui generis	
	a.) Die Voraussetzungen eines Exklusivvertrages	
	aa.) Die Verpflichtung zur Kooperation	
	bb.) Die Zustimmung zum Gebrauch	
	cc.) Die Ausschließlichkeitsklausel	
	b.) Sonstige Probleme im Rahmen eines Exklusivvertrages	22
	aa.) Die inhaltliche Ausgestaltung des Exklusivvertrages	22
	bb.) Recht zur Kündigung des Erlebnisträgers	
	3. Zwischenergebnis	25
V.	Rechtliche Wirksamkeit eines Exklusivvertrages	
	1. Verstoß gegen die wettbewerbsrechtlichen Vorschriften	
	der §§ 1 und 3 UWG	26
	2. Verstoß gegen kartellrechtliche Vorschriften	
	3. Verstoß gegen die guten Sitten aus § 138 BGB	30
	a.) Verstoß gegen die guten Sitten aus	
	§ 138 BGB – Verstopfungsgrenze	30
	aa.) Exklusivvereinbarungen, bei denen die Informationen	
	publiziert werden sollen	32
	bb.) Exklusivverträge, die darauf abzielen,	
	Informationen zu verschweigen	34



		b.) Verstoß gegen die guten Sitten aus § 138 BGB –	
		Exklusivinterview mit persönlichkeitsverletzendem Inhalt	35
	VI.	Verstoß gegen das Verbot der irreführenden	
		geschäftlichen Handlung	39
	VII.	Ausschlusswirkung für andere Presseunternehmen	
	VIII.	Fazit	
3	Kanit	el: Widerstreitende Rechtspositionen bei Exklusivinterviews	46
٠.	I.	Mittelbare Drittwirkung von Grundrechten	
	Π.	Von einem Exklusivinterview betroffene Rechtspositionen	
	ш.	1. Die Rechtsposition des Opfers	
		a.) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	17
		Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	40
		aa.) Der Indiskretionsschutz	
		bb.) Der Schutz der Ehre	
		b.) Zwischenergebnis	
		Die Rechtsposition des Erlebnisträgers	
		a.) Meinungsfreiheit Art. 5 Abs. 1 GG	
		b.) Zwischenergebnis	
		3. Die Rechtsposition der Bevölkerung	
		a.) Informationsfreiheit Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 GG	
		b.) Zwischenergebnis	
		a.) Pressefreiheit Art. 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 GG	
	TTT	b.) Zwischenergebnis	60
	III.	Abwägung zwischen den Kommunikationsfreiheiten	
		und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	
		1. Lebach-Urteil I	
		2. Lebach-Urteil II	
	IV.	Abwägung der sich gegenüberstehenden Grundrechte	
	V.	Umgehungsmöglichkeiten	
	VI.	Fazit	71
4.	. Kapit	el: Schutz des Opfers vor Veröffentlichungen von Täterinterviews	
	•	ersönlichkeitsverletzendem Inhalt	73
	I.	Exemplarischer Fall des Scheckbuchjournalismus –	
		Monika Böttcher, geschiedene Weimar	
	II.	Zivilrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten für das Opfer	77
		1. Unterlassungsanspruch aus § 823 BGB i. V. m.	
		§ 1004 BGB analog	80
		2. Anspruch auf Gegendarstellung	81
		3. Berichtigungsanspruch aus §§ 823 ff. BGB i. V. m.	
		§ 1004 BGB analog	82
		4 Materieller Schadensersatzanspruch aus && \$23 ff RGR	Q/

	5. Geldentschädigung für immaterielle Schäden	84
	6. Zwischenergebnis	85
	7. Opferanspruchssicherungsgesetz	87
	a.) Historischer Hintergrund	
	des Opferanspruchssicherungsgesetzes	88
	b.) Son-of-Sam-Gesetzgebung in New York	89
	c.) Regelungsinhalt des Opferanspruchssicherungsgesetzes	
	aa.) § 1 OASG – Gesetzliches Forderungspfandrecht	92
	bb.) § 4 OASG – Auskunftspflicht	94
	cc.) § 7 OASG – Umgehungsverbot	95
	d.) Vergleich des Opferanspruchssicherungsgesetzes	
	mit der Son-of-Sam-Gesetzgebung	96
	e.) Kritik am Opferanspruchssicherungsgesetz	97
	8. Ergänzung der Regelungen des	
	Opferanspruchssicherungsgesetzes um die Regelungen	
	des Verfalls und der Einziehung nach §§ 73, 74 StGB	99
	9. Zusammenfassung	
Ш.	Schutz des Opfers im Rahmen des Strafgesetzbuches	
	1. Einfache Beleidigung § 185 StGB	
	2. Üble Nachrede § 186 StGB	
	3. Verleumdung § 187 StGB	
	4. Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener § 189 StGB	
	5. Falsche Verdächtigung § 164 Abs. 1 StGB	109
	6. Täterschaft im Rahmen von Täterinterviews mit	
	persönlichkeitsverletzendem Inhalt	
IV.	Kritik an der Ausgestaltung der Beleidigungsdelikte	
	1. Fehlen eines umfassenden Indiskretionsschutzes	
	2. Ausgestaltung der Beleidigungsdelikte als Privatklagedelikte	115
V.	Andere derzeit bestehende Rechtsschutzmöglichkeiten	
	wie der Pressekodex und die Richtlinien des Deutschen Presserates	s.117
	1. Historischer Hintergrund der Errichtung	
	des Deutschen Presserates	
	2. Inhalt des Pressekodex und seiner Richtlinien	
	a.) Ziffer 1 – Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde	121
	b.) Ziffer 8 – Schutz der Persönlichkeit	121
	c.) Ziffer 9 – Schutz der Ehre	
	d.) Ziffer 11 – Sensationsberichterstattung	
* **	e.) Kritik am Deutschen Presserat	
VI.	Vorschläge für neue Regelungen zum Schutz der Opfer	128
	1. Gesetz über die Nutzung des geistigen Eigentums	100
	an Straftaten – de lege ferenda	129
	a.) Inhalt des Gesetzentwurfes über die Nutzung	120
	des geistigen Eigentums an Straftaten	129

	b.) Kritik am Gesetzentwurf über die Nutzung	
	des geistigen Eigentums an Straftaten	132
	2. Selbstkontrolle der Medien	134
	a.) Berufsordnung für Presseschaffende	135
	b.) Einsetzung eines Ombudsmannes	
	nach schwedischem Vorbild	137
	c.) Laienbesetzung bzw. Vertreter aus der Gesellschaft	138
	d.) Pflicht zur Publikation einer öffentlichen Rüge	
	e.) Zustimmung des Deutschen Presserates für eine Publikatior	ı 140
	f.) Gesetzliche Fixierung des Pressekodex	
	in die Landespressegesetze	140
	3. Strafrechtliche Regelungen	142
	a.) Schaffung eines Straftatbestandes innerhalb	
	des 15. Abschnittes des StGB	143
	b.) Schaffung eines allgemeinen Indiskretionsdeliktes	
	innerhalb des 15. Abschnittes des StGB	144
	aa.) Hintergrund für die Schaffung	
	eines Indiskretionsdeliktes	145
	bb.) Entwurf von Beling 1909	145
	cc.) § 182 Regierungsentwurf E 62	
	und § 145 Alternativentwurf	150
	dd.) Entwurf von Schmidt	153
	ee.) Entwurf von Arzt	
	c.) Gründe gegen die Aufnahme eines Indiskretionsdeliktes	
	in das Strafgesetzbuch	154
	d.) Zwischenergebnis	
	4. Fazit	157
. Kap	oitel: Die Auswirkungen von Täterinterviews	
•	mit persönlichkeitsverletzendem Inhalt auf die Strafzumessung	
	nach § 46 StGB	
I.	Mediale Vorverurteilungen	
	1. Einführung in die medialen Vorverurteilungen	161
	2. Rechtsgrundlage für die Berücksichtigung	
	medialer Vorverurteilungen	164
	a.) Verfahrenshindernis	165
	b.) Anrechnung gem. § 51 StGB	
	c.) Vorschlag von Schulz – analoge Anwendung des	
	Rechtsgedankens des § 60 StGB	167
	d.) Vorschlag von Altermann – § 60 StGB i. V. m.	
	§ 46 Abs. 2 StGB	168
	e.) Vollstreckungslösung des BGH	
	f.) Strafzumessung nach § 46 StGB	

ш.	Obertragung auf Taterinterviews	
	mit persönlichkeitsverletzendem Inhalt	175
	1. Einführung in die Behandlung von Täterinterviews	
	mit persönlichkeitsverletzendem Inhalt	
	im Rahmen der Strafzumessung	175
	2. Rechtsgrundlage für die strafschärfende Berücksichtigung von	1
	Täterinterviews mit persönlichkeitsverletzendem Inhalt	176
	a.) Strafzumessung nach § 46 StGB	
	aa.) Strafzwecke	
	aaa.) Absolute Straftheorie	180
	bbb.) Theorie der Generalprävention	181
	ccc.) Theorie der Spezialprävention	182
	ddd.) Vereinigung der Strafzwecke	
	eee.) Betroffene Strafzwecke	
	im Rahmen von Täterinterviews	
	mit persönlichkeitsverletzendem Inhalt	183
	bb.) Strafzumessung nach § 46 Abs. 1 S. 1 StGB	
	cc.) "Auswirkungen für das künftige Leben des Täters"	
	nach § 46 Abs. 1 S. 2 StGB	187
	dd.) "Verschuldete Auswirkungen der Tat"	
	nach § 46 Abs. 2 S. 2 Gruppe 4 StGB	188
	ee.) Fehlende "Reue" im Rahmen des "Nachtatverhaltens	"
	nach § 46 Abs. 2 S. 2 Gruppe 6 StGB	190
	ff.) "Verhalten nach der Tat"	
	nach § 46 Abs. 2 S. 2 Gruppe 6 StGB	191
	gg.) Als "eigenständiger unbenannter Gesichtspunkt" im	
	Rahmen des Katalogs aus § 46 Abs. 2 S. 2 StGB	194
	b.) Fazit	
	•	
6. Kap	itel: Die Gefahren von Zeugeninterviews für das Gerichtsverfahrer	ı 197
I.	Die Gefahr des Missbrauchs des § 171b GVG und des § 55 StPC	
П.	Die Gefahr eines Zeugeninterviews für die Maximen der	
	Hauptverhandlung	204
	1. Zugzwang des Zeugen	205
	2. Wahrheitsermittlungsgrundsatz	
	3. Zwischenergebnis	
III.	Die Möglichkeit, Zeugeninterviews, die Gefahren für die Maxim	
	der Hauptverhandlung aufweisen, gesetzlich zu verbieten	
	1. De lege lata	
	a.) § 353d StGB	
	b.) Richtlinien des Deutschen Presserates	
	2. Untersuchung von ausländischen Rechtsordnungen	
	a.) England – "contempt of court"	

	b.) Osterreich – § 23 des österreichischen	
	Mediengesetzes von 1981	223
	3. Vorschläge für die Verhinderung von Zeugeninterviews – de	lege
	ferenda	_
	a.) Erweiterung der Befugnisse innerhalb des § 176 GVG	227
	b.) § 452 des Regierungsentwurfes von 1962	231
	c.) Erlass einer Vorschrift, die Zeugeninterviews	
	vor und während des Verfahrens verbietet	235
IV.	Zwischenergebnis	236
7. Kap	itel: Die Mitwirkung des Verteidigers am Abschluss	
	eines Exklusivvertrages	238
I.	§ 43 BRAO i. V. m. § 43a BRAO	239
$\Pi$ .	§ 43b BRAO i. V. m. § 6 Abs. 1 BORA	246
III.	Zwischenergebnis	250
8. Kap	itel: Zusammenfassung	252
Literat	urverzeichnis	2.58